

Rußland: Flucht in die Selbstisolierung? Aus russischen Fachzeitschriften 1999

Bomsdorf, Falk

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bomsdorf, F. (2000). *Rußland: Flucht in die Selbstisolierung? Aus russischen Fachzeitschriften 1999*. (SWP-Zeitschriftenschau, 05/2000). Ebenhausen/Isar: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-364790>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Rußland: Flucht in die Selbstisolierung? Aus russischen Fachzeitschriften 1999

Falk Bomsdorf*

„Das Jahr 1999 bedeutete für die Beziehungen zwischen dem Westen und Rußland eine zweifache Prüfung: Es fing mit Kosovo an und es endete mit Tschetschenien.“ Dieser Satz von Dmitrij Trenin, einem der wichtigsten russischen Experten für Sicherheits- und Außenpolitik, geschrieben am Anfang eines Artikels in der *Nezavisimoe voennoe obozrenie* (Unabhängige militärische Rundschau) von Ende November 1999, charakterisiert die inhaltliche Spannweite und den Schwerpunkt der in jenem Jahr in den russischen Fachzeitschriften veröffentlichten Artikel: Für Rußland steht, so einhellig die verschiedenen Autoren, das Verhältnis zum Westen auf dem Prüfstand; seine Natur, seine künftige Ausgestaltung, seine Belastbarkeit werden hinterfragt.

Die Prüfung, von der Trenin spricht, ist noch nicht ausgestanden – sie dauert auch im Jahr 2000 an. Damit ist noch ungewiß, ob es zu einer Wende im Verhältnis zwischen Rußland und dem Westen kommen wird, wie sie sich 1999 vor dem Hintergrund des Kosovo- wie des Tschetschenienkrieges abzeichnete, oder ob im Jahr 2000 auch in diesem für die Welt so wichtigen Beziehungsgeflecht auf beiden Seiten wieder nur eine Art von *muddling through* betrieben wird, allerdings hart am Rande eines Abgrundes. In jedem Fall ist nicht ausgeschlossen, daß 1999 im Rückblick als das Jahr gilt, in dem die Hoffnung des Westens auf eine wirkliche Partnerschaft mit Rußland begraben worden ist; es kann allerdings retrospektiv auch zu dem Jahr werden, in dem Enttäuschung wie Ernüchterung die Grundlage für den späteren Versuch gelegt haben, ein tragfähigeres Verhältnis zwischen Rußland und dem Westen herzustellen.

Auch wenn die aktuellen Ereignisse in der Weltarena mit Fortschreiten des Jahres 1999 zunehmend den Inhalt der Veröffentlichungen in den russischen Fachzeitschriften bestimmen, hat sich die Themenpalette im Vergleich zum Vorjahr doch nicht wesentlich verändert. Unverkennbar ist bei aller Identität der Themen aber eines: In die immer noch vorherrschende sachliche Analyse mischt sich im Laufe des Jahres ein scharfer, bitterer

* Der Autor, ehemaliger Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, ist Leiter des Moskauer Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Ton, werden Aussagen mit normativem Anspruch formuliert. Um es mit einem Bild deutlich zu machen: Wer gestern in den russischen Fachzeitschriften noch gleichsam mit dem Florett oder dem Degen argumentierte, führt heute häufig den großen Beidhänder. Das Prisma, durch das hindurch in Rußland die Außenwelt wahrgenommen wird, hat sich im Vergleich zum vorigen Jahr spürbar geändert: Zwar gab 1998 die Erweiterung der NATO bereits Anlaß zu russischer Bitterkeit, doch ging dies noch nicht wirklich und nicht überall in die Tiefe. 1999 ist das anders: Der Kosovokrieg, in russischer Diktion „die Aggression der NATO gegen Serbien“, und ab Spätherbst des Jahres der zweite Tschetschenienkrieg oder, erneut in russischer Ausdrucksweise, „das Vorgehen gegen tschetschenische Banditen“ prägen weithin Sichtweise wie Blickwinkel der Autoren. Dies ist auch der Grund dafür, daß es in den Veröffentlichungen des Jahres 1999 mehr um Macht und Einfluß denn um Handel und Kooperation geht.

Rußlands Weg oder: Was tun?

Das „ewige Thema“ Rußland, sein Schicksal und seine Bestimmung findet auch im (vor)letzten Jahr des Jahrtausends ihren Niederschlag in den Fachzeitschriften – Zeichen dafür, daß die Statusunsicherheit der russischen Eliten wie der russischen Intelligenzia anhält. Die entsprechenden Aufsätze sind deshalb so wichtig, weil in ihnen die russische Selbstsicht aufscheint und allein dort in zaghaften Ansätzen eine Art von Reformdebatte geführt wird, wie man sie in voller Ausprägung in Rußland vergeblich sucht.

Alexej Podberezkin, einer der aufgeklärteren Vertreter des patriotischen Lagers, der die ihm offenbar zu dogmatische und enge Kommunistische Partei inzwischen verlassen hat und eigene Wege geht, zeigt in der Aprilnummer des konservativ-patriotischen Journals *Obozrevatel'* erneut, daß er ein sehr viel differenzierteres Verständnis des „russischen Weges“ hat, als das landläufig der Fall ist, wo dieser Weg, wie die Amerikaner es ausdrücken würden, an „over-use and under-definition“ leidet. Podberezkin mahnt die Politiker zu klarer Einschätzung der Lage: Rußland sei in einen tiefen Abgrund gefallen; viele seien sich immer noch nicht bewußt, wie tief dieser sei. Aus ihm herauszukommen brauche Zeit. Der Autor zitiert Leo Tolstoi und dessen seinerzeitigen Artikel „An die Politiker“: Der schnelle Aufbau einer wohleingerichteten Gesellschaft sei, so Tolstoi und im Anschluß an ihn Podberezkin, unmöglich; dies brauche Zeit, so wie das Wachsen von Stecklingen Zeit brauche, damit ein Wald entstehe. Diese Äußerung Tolstois erinnert entfernt an die – in der russischen politischen Klasse nahezu unbekannte – Webersche Definition von Politik als dem langsamen und beharrlichen Bohren dicker Bretter; sie berührt die Aufgabe der nachholenden Entwicklung, vor der Rußland steht, und ihren unauflösbaren Widerspruch: einerseits Zeit für eine organische Entwicklung einschließlich der damit verbundenen Um- und Irrwege zu brauchen, andererseits gerade diese Zeit nicht zu haben und sich die Um- und Irrwege mit ihren potentiell schreckli-

chen Folgen nicht leisten zu können. Den Ausweg aus diesem Dilemma sieht Podberezkin im Prozeß der Vervollkommnung der Persönlichkeit, in der Herausbildung eines Menschen, der Bürger sei und von Glauben und Willen getragen werde, eben im „russischen Weg“. Soweit kann man Podberezkin sicher zustimmen: In der Tat ist die Entwicklung der Persönlichkeit auch in Rußland eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Aufgabe (weshalb es denn auch so notwendig ist, bei der politischen Bildungsarbeit in Rußland, wie sie westliche Organisationen in Rußland leisten, bei den jungen Menschen anzusetzen). Was für Rezepte aber hat Podberezkin anzubieten? Der Autor flüchtet sich ins Allgemeine: Niemand könne heute den Anspruch erheben, genaue Antworten zu besitzen. Wichtig sei die Richtung, in die gedacht und gehandelt werden müsse. Wenn diese Richtung klar sei, könne man den ersten Schritt einer Persönlichkeit und eines Bürgers tun. Aber welchen? Dazu sagt der Autor nichts; und so hat – so richtig seine Betonung der Herausbildung von Persönlichkeit auch ist – letztlich auch Podberezkin keine Antwort auf die klassische russische Frage: Was tun?

Der Chef des Hauses Romanov, **Fürst Nikolaj Romanov**, gibt in der Oktobernummer von *Meždunarodnaja žizn'* in einem „Über Rußland“ überschriebenen Essay auf die Frage nach der Zukunft Rußlands eine ebenso praktische wie pragmatische Antwort: Man solle doch bei der Wirtschaft ansetzen, und zwar bei den kleinen und mittleren Unternehmen. Sie müsse man fördern, und vor allem: Es müsse ein funktionierender Binnenmarkt geschaffen werden. Dem stimmt der ehemalige Chef der russischen Zentralbank **Georgij Matjuchin** in der Aprilnummer von *Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija* zu. In einem Artikel mit dem bemerkenswerten Titel „Es ist Zeit aufzuhören, äußere Gründe für unsere Übel zu suchen“ mahnt er seine Landsleute, die Augen vor den wirtschaftlichen Realitäten nicht zu verschließen und die überall wirkenden Gesetzmäßigkeiten zu beachten. Rußland könne die gegenwärtige Krise auf zwei Arten überwinden: entweder durch die Schaffung eines wirklichen Marktes oder aber durch eine Rückkehr zur Zentralverwaltungswirtschaft. Matjuchin bevorzugt die erste Variante und fragt, verzweifelnd angesichts der wachsenden Zahl von Befürwortern einer zumindest teilweisen Rückkehr zur Staatswirtschaft, ob 70 Jahre Leben in einem derartigen System nicht genug gewesen seien. Brauche es dazu wirklich weitere 70 bis 100 Jahre?

Herausbildung von eigenverantwortlichen Persönlichkeiten sowie Förderung der Wirtschaft und dabei insbesondere des kleinen und mittleren Unternehmertums – dies sind immerhin Ansätze zur Heilung der russischen Krankheit. Sie zeugen davon, daß die Fähigkeit zu nüchterner Analyse und der gesunde Menschenverstand in Rußland keineswegs ausgestorben sind. Zur herrschenden Meinung, ja zur Selbstverständlichkeit sind diese Ansätze indessen keineswegs geworden. Im Gegenteil: Gerade wer einen wirtschaftlichen Ansatz vertritt, wird häufig als „kolbasnik“ (von kolbasa = Wurst) kritisiert, als jemand, der im Wohlergehen der Menschen und des Landes das wesentliche

Ziel und das entscheidende Kriterium für staatliches Handeln sieht, während doch das eigentliche Wahre im Geistigen liege.

Vladimir Rubanov, seines Zeichens Wirklicher Staatsrat der Russischen Föderation 1. Klasse (der Titel ist eine der wirklichen Neuerungen der russischen „Reformen“) und Vizepräsident der Liga zur Unterstützung der Rüstungsunternehmen (sic!), führt im Märzheft von *Meždunarodnaja žizn'* den entscheidenden Satz an, der für diese Ideologie steht: *„Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.“* Die historische Perspektive der gesellschaftlichen Entwicklung, so Rubanov zu Beginn seines Artikels, werde nicht nur und nicht so sehr vom Umfang des Staatshaushalts bestimmt – also nicht vom Brot, vom Wohlstand –, sondern von der Zielstrebigkeit, dem Willen und der Sittlichkeit des Volkes. Diese Äußerung bedeutet nicht, daß man Rubanov zu denen zählen muß, die in Armut und Elend die Bestimmung Rußlands sehen: weil, so die Anhänger dieser Auffassung, sich nur in diesem Zustand die geistige Größe des Landes und seiner Menschen entfalten könne. Rubanov hat nichts gegen das Wohlergehen Rußlands und seiner Bevölkerung. Aber er hält – und hier beginnt seine Deduktion ins Irrationale abzugleiten – den Weg der Reformen nicht für gangbar, will man dieses Ziel erreichen. Keine Finanzschemata, keine politische Technologie, in einem Wort also keine Reformstrategie kann, so Rubanov, Rußland aus der Krise herausführen. Mögen auch die einzelnen Schritte rational sein und an der Oberfläche wirksam, ihnen liege keine Sittlichkeit zugrunde, sie hätten keine Moral, und so nützten sie nichts. Und das können sie laut Rubanov auch gar nicht: weil jede nichtevolutionäre Änderung von Ideen und jede Zerstörung des bisherigen Wertesystems ohne das Angebot neuer, inspirierender Werte gefährlich sei. In Rußland könnten Veränderungen von Politik, Recht und Wirtschaft erst dann eintreten, wenn ihnen geistige Veränderungen in der Gesellschaft vorausgegangen seien. Staat und Recht hätten, so der Autor ausdrücklich, nur die Rolle, die „objektiv herangereiften“ und in den Sitten und Gebräuchen der Menschen geistig angenommenen Änderungen zu sanktionieren.

Was Rubanov mit diesen teils marxistisch, teils romantisch-volkstümlich klingenden Ausführungen meint, ist, daß die neuen Gesetze und demokratischen Prozeduren in Rußland nicht von der Gesellschaft getragen werden. Alles sei wie bisher: unten das Volk, ohne die Möglichkeit, den eigenen Willen auszudrücken und umzusetzen sowie aus der politischen Gefühllosigkeit und Apathie auszubrechen; oben die eng mit dem Großkapital verbundenen Bürokraten, abgehoben vom Volk und unfähig, die ihnen zugefallene Verantwortung auch zu tragen. Mag dieser Zustand auch schlimm sein, hat die gegenwärtige Lage für Rubanov doch auch Vorteile: Rußland verfüge als ein Land „unvollendeter Modernisierung“ über das, wie der Autor es nennt, „Privileg der Rückständigkeit“: Es habe seine überkommenen Werte, seine Kultur bewahrt; damit und mit seiner Fähigkeit zur Anpassung an gewandelte Verhältnisse und der Ethik des „selbstlosen Kollektivismus“ besitze es Ressourcen, die das Land aus der Krise führen würden.

Die nationale Idee Rußlands wird also als das Lebenselixier des Landes gedeutet; sie wird definiert als das Vorherrschen des Geistigen über das Materielle, des Sozialen über das Ökonomische, des Schöpferischen über das Technokratische, der Kultur über die Zivilisation (und, wie man in Anlehnung an Ferdinand Tönnies hinzufügen möchte, der Gemeinschaft über die Gesellschaft). Die Folgerung des Autors: Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Rußlands dürften nicht zum Verzicht auf seine „kulturelle Mission“ führen, die von globaler Bedeutung sei. Die Notwendigkeit, der wirtschaftlichen Entwicklung einen humanistischen Sinn zu geben – dies sei nicht nur ein russisches, sondern ein Problem der Welt insgesamt. Rußland biete der Welt mit seiner nationalen Selbstfindung, letztlich also mit der „russischen Idee“, geistigen Halt bei der Lösung dieses allumfassenden Problems.

Rubanov und mit ihm viele andere, die in steter Wiederkehr ähnliche Aufsätze schreiben, die dann in ebenso steter Regelmäßigkeit in den für die politische Klasse gedachten Journalen erscheinen, deuten in ihrer Analyse vieles durchaus zutreffend. Aber in ihren Kernaussagen und in ihren Rezepten für die Heilung der russischen Krankheit gehen sie an der russischen Wirklichkeit vorbei: weil sie sie vor allem durch das Prisma ihres hypertrophierten Nationalbewußtseins sehen. Erneut werden, Rubanov zeigt es, die alten Mythen gesponnen wie überhaupt die Remythologisierung in Rußland kräftig einherschreitet, während die dringend notwendige Demythologisierung, also die russische Aufklärung, nur wenig spürbar ist: Sie ist Sache einzelner, die Remythologisierung dagegen stellt den Mainstream dar. Es zeigt sich, daß die russischen Mythen, zu denen alle diese Autoren letztlich ihre Zuflucht nehmen, nichts anderes als Abwehrmechanismen sind, dazu gedacht, eine unerwünschte Wirklichkeit zu verleugnen und die eigenen Mängel in Vorzüge umzudeuten. Und es zeigt sich ebenfalls, daß die russischen Eliten, daß insbesondere die Moskauer politische Klasse das Volk, die Menschen in Rußland im Stich läßt: Sie füttert sie mit mehr oder minder leeren Worten, statt sich endlich daran zu machen, das Land wirklich auf neue Grundlagen zu stellen.

Rußland: Die gekränkte Großmacht

Ein Topos taucht in den Veröffentlichungen der Berichtsperiode besonders häufig auf: der Topos der gekränkten Großmacht. Besonders deutlich kommt er in dem Aufsatz von **Pavel Kandel** in der Frühjahrsnummer von *Pro et Contra* zum Ausdruck. Der Autor, Mitarbeiter des Moskauer Europa-Instituts, läßt zunächst erkennen, daß die russische „Manie der Größe“ in der Tat eine Krankheit sei, wo es doch in Wirklichkeit darum gehe, die außenpolitischen Aktivitäten des Staates den begrenzten Mitteln anzupassen. Aber all denen im Westen, die in einer Art ständigen Philippika das russische Großmachtdenken als Reflex der imperialen Tradition des Landes kritisieren, stellt er seine Überzeugung entgegen, daß Rußland Großmacht gleichsam kraft Natur der Sache sei,

nämlich aufgrund seiner geopolitischen Lage und seiner Ausdehnung. Rußland ist, wie es der Duma-Abgeordnete der Fraktion „Jabloko“ **Alexej Arbatov** in der Märznummer von *Meždunarodnaja žizn'* ausdrückt, nachgerade dazu verdammt, Großmacht zu sein: Es könne sich nicht hinter seine Grenzen in die Isolation zurückziehen. Kandel' argumentiert ähnlich: Ein Land wie Rußland, das sich über zwei Kontinente erstrecke und an mehr als 15 Staaten grenze, könne kein „normaler“ Staat sein: Für Rußland gelte eine andere Norm, eben die Norm der „großen Macht“. Dazu gehöre auch die Möglichkeit, ja das Recht, all das zu tun, was andere Großmächte tun. Rußland leiste sich nicht ein Zehntel dessen, was sich die USA und andere Großmächte herausnahmen, und werde dennoch ständig mit dem Vorwurf des Großmachtverhaltens bedacht, ruft Kandel' empört aus. Die führenden Weltmächte erklärten ohne jegliche Hemmungen Teile des postsowjetischen Raumes (von Mittel- und Südosteuropa ganz zu schweigen) zu ihrer Einflusssphäre und verstärkten dort ihre politische, wirtschaftliche und sogar militärische Präsenz. Dabei kümmerten sie sich nicht um die Meinung Moskaus und die russischen Interessen und kritisierten Rußland sogar heftigst, wenn es auch nur in Ansätzen seine Interessen vertrete. Der Westen schreibe Rußland also vegetarisches Essen vor, während er selber hemmungslos dem Fleisch zuspreche. Letztlich nutze der Westen in seinem Verhalten, so Kandel', Rußlands Schwäche aus.

Wohin hat all das geführt? Kandel' zeichnet ein düsteres Bild. Gegenwärtig erhielten diejenigen in Rußland Recht, die schon immer gegen den Westen gewesen seien, eine Auffassung, die **Vladimir Baranovskij**, langjähriger Mitarbeiter und nunmehr stellvertretender Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften (IMEMO), in seiner in der Juninummer von *Meždunarodnaja žizn'* erschienenen Analyse mit Blick auf den Kosovokrieg ausdrücklich bestätigt: Die Bomben der NATO hätten nicht so sehr die Serben als vielmehr die noch unreife russische Demokratie getroffen – mit der Folge, daß die westliche Demokratie in den Augen vieler Russen nunmehr ernsthaft diskreditiert sei und die liberalen Kräfte in Rußland in eine Identitätskrise gestürzt worden seien. Die Sympathien der Bevölkerung für den Westen, so wiederum Kandel', seien verweht. Wie in der Weimarer Republik alle gegen das Diktat von Versailles gewesen seien, so seien heute in Rußland alle gegen den Westen, ungeachtet ihrer sonstigen politischen Überzeugungen. Die klassische Dichotomie zwischen „Westlern“ und „Anti-Westlern“ existiere nicht mehr. Jeder weitere Versuch des Westens, Rußland aus der europäischen wie aus der Weltpolitik herauszuhalten oder auch nur seine Rolle zu begrenzen, verstricke Rußland noch tiefer in das Weimar-Syndrom. So wie der Westen seinerzeit ungewollt zum Triumph des deutschen Nazismus beigetragen habe, ermögliche er nun, dies ist Kandel's Logik, das Heraufkommen des russischen Nationalismus und Chauvinismus: weil Rußland und seine legitimen Interessen vom Westen nicht beachtet würden. Die Kommunisten und National-Patrioten in Rußland, ergänzt Baranovskij Kandel's Ausführungen, fühlten sich

in ihrer traditionellen Sicht Rußlands als „belagerter Festung“ bestätigt, mit der Folge, daß alle damit verbundenen gesellschaftlichen Begleiterscheinungen erneut Konjunktur hätten: von der Xenophobie über die Militarisierung des Denkens bis hin zu Aufrufen, die Wirtschaft zum Zwecke des Widerstandes gegen den Westen zu mobilisieren.

Kandel's Argumentation, wollte man ihr folgen, brächte den Westen in eine nahezu ausweglose Situation. Besteht er auf seiner Position und seinen Interessen, dürfte er in der Tat Rußland oder, besser gesagt, die gegenwärtige russische Führung wie die russische politische Klasse verprellen und im Ergebnis den russischen Nationalismus und Chauvinismus fördern. Gibt der Westen indessen um der Partnerschaft mit Rußland willen nach, untergräbt er seine eigene Position – und läuft doch Gefahr, bei der russischen Führung wie bei der politischen Klasse wenig oder nichts zu erreichen, insbesondere keine partnerschaftliche Haltung: weil die antiwestliche Einstellung sich bei den russischen Eliten wie bei der Bevölkerung in vielem bereits verfestigt hat. Ein Ausweg aus diesem Dilemma ist nicht leicht zu finden – eine Tatsache, die letztlich die Notwendigkeit eines Neuansatzes westlicher Rußlandpolitik unterstreicht. Dabei sollte eines klar sein: In Kernfragen westlicher Außen- und Sicherheitspolitik die eigene Position allein aus dem Grund zurückzunehmen, weil andernfalls der russischen Reaktion in die Hände gespielt würde, hieße, die russischen Nationalisten und Chauvinisten so zu behandeln, als ob sie faktisch bereits an der Macht wären. Und es hieße weiterhin, der russischen Führung wie der russischen politischen Klasse einen wirksamen politischen Hebel an die Hand zu geben. Vor dem Schreckgespenst des russischen Nationalismus davonzulaufen bedeutete damit vor allem eines: der russischen Reaktion zu nützen und den Prozeß der Regression in alte sowjetische Sicht- und Verhaltensweisen zu forcieren. Und es bedeutete auch, die Moskauer politische Klasse zu verlocken, das nationalistische Monster immer weiter zu füttern, anstatt endlich daran zu gehen, es zu zähmen.¹

Rußland und der Westen: Zurück zum Kalten Krieg?

Auf dem Balkan endet, schreibt **Viktor Kremenjuk**, stellvertretender Direktor des USA-Institutes der Russischen Akademie der Wissenschaften, in der Mainnummer des *Obozrevatel'* mit Blick auf den Kosovokrieg, eine ganze Epoche, von den Historikern als „Beendigung des Kalten Krieges“ bezeichnet; mit ihr gingen alle Hoffnungen dahin, die man an sie geknüpft habe. Was kommt nun? Droht ein neuer Kalter Krieg? Die Rhetorik der in den russischen Fachzeitschriften erschienenen Artikel läßt in ihrer Mehrheit einen Rückfall in antagonistische Denk- und Empfindungsweisen erkennen; auch offizielles russisches Verhalten während des Kosovo- und vor allem während des Tschetschenienkrieges geht teilweise in diese Richtung. Mit Blick auf diese drohende und teilweise bereits eingetretene Regression in für überwunden geglaubte Verhaltensweisen lesens-

1 Vgl. Fred *Hiatt*, NATO: A Red Herring, in: Moscow Times, 26.2.1997, S. 8.

wert sind zwei Artikel aus der *Nezavisimoe voennoe obozrenie* (Unabhängige militärische Rundschau), der zweimal im Monat erscheinenden Beilage zur *Nezavisimaja gazeta*, von Ende November. Sie haben geradezu paradigmatische Bedeutung; die Redaktion hat sie wohl auch deshalb auf der Meinungsseite einander gegenübergestellt. Die beiden Autoren könnten verschiedener kaum sein: auf der einen Seite **Leonid Iwašov**, Generaloberst und Leiter der Hauptabteilung für internationale militärische Zusammenarbeit des russischen Verteidigungsministeriums, auf der anderen Seite **Dmitrij Trenin**, ehemals Berufsoffizier im Bereich internationale Beziehungen der sowjetischen und später russischen Streitkräfte und heute stellvertretender Direktor des Moskauer Carnegie-Zentrums. Um es etwas plakativ auszudrücken: Auf der einen Seite ein russischer Hardliner, der die NATO-Führung bei Beginn des Kosovo-Krieges als „Halsabschneider“ bezeichnet hat, wie er überhaupt aus seiner Abneigung gegen die NATO keinen Hehl macht, auf der anderen Seite ein aufgeklärter Analytiker, der im klassischen russischen militärischen Denken ebenso zu Hause ist wie in den westlichen Think Tanks, der aber dennoch nicht als „Westler“ zu bezeichnen ist und russische Interessen wohl zu wahren weiß.

Dmitrij Trenin beginnt seine Ausführungen mit der Feststellung, daß sich der Westen gegenüber dem zweiten Tschetschenienkrieg anders verhalte als gegenüber dem ersten, und zwar deshalb, weil er heute im Unterschied zu früher auf niemanden in der russischen Regierung mehr zählen könne. Im übrigen hätten die letzten zehn Jahre mit ihren nicht enden wollenden russischen Problemen Amerika wie Europa ermüdet; das Interesse an Rußland sei gesunken. Die Schwäche des Landes und seine Abhängigkeit vom Westen werde als dauerhafter Faktor angesehen, seine Handlungsmöglichkeiten seien beschränkt. Demzufolge glaube der Westen, er müsse und könne mit Rußland eine harte Sprache führen.

Trenin ist sich der Tatsache bewußt, daß Rußland genügend Anlaß zu Kritik gegeben hat, insbesondere durch seine Rolle bei den Ereignissen in und um Tschetschenien. Seine Ausführungen zeigen, unter welch seltsamen Umständen sich der dort geführte Krieg entwickelt hat. Die Ziele der „antiterroristischen Operation“ – auch Trenin schreckt davor zurück, die Dinge beim Namen zu nennen – hätten sich, seitdem sie begonnen hat, kontinuierlich verändert; die politische Führung habe den Militärs freie Hand gegeben, mit der Folge, daß man völlig hilflos vor den plötzlichen und nicht ins Kalkül gezogenen humanitären Problemen gestanden habe; Vorstellungen für eine politische Lösung gebe es nicht; die für die Information Verantwortlichen seien zu sowjetischen Methoden übergegangen.

Trenin lastet dem Westen eine Reihe von Fehlern an. So erhebt er einen zunächst merkwürdig klingenden Vorwurf: Der Westen hätte die Explosionen in Moskau und anderswo als Anlaß nehmen sollen, um die stagnierende Zusammenarbeit mit Rußland wieder in Gang zu bringen, und hätte zu einer gemeinsamen Bekämpfung des islamischen

Radikalismus im Nahen und Mittleren Osten einschließlich Mittelasiens ansetzen sollen. Statt dessen habe er begonnen, Rußland wegen Verletzung der Menschenrechte in Tschetschenien zu kritisieren, und habe sogar tschetschenische Emissäre als Kämpfer für die nationale Befreiung empfangen. Damit habe er sich, weil er selbst zum türkischen Vorgehen gegen die Kurden – dies sei, so Trenin, das wahre Gegenstück zu Tschetschenien – schweige, nicht nur den russischen Gegenvorwurf der Heuchelei zugezogen; er habe darüber hinaus bewirkt, daß ein immer größerer Teil der russischen Elite von einer grundsätzlichen Feindschaft des Westens gegenüber Rußland überzeugt sei. Trenin sieht in der russischen Außenpolitik ein unheilvolles Zusammenwirken zweier Komponenten: Auf der einen Seite verstärke sich die traditionelle russische Hinwendung zur Geopolitik und damit zur Machtpolitik; auf der anderen Seite fehlten Rußland zu einer solchen Politik die politischen und wirtschaftlichen Hebel. Dies führe zu der Überzeugung der russischen Machteliten, daß die Verbreitung von Furcht das einzige Mittel sei, um sich Respekt zu verschaffen. Die Folge werde eine Stärkung des militärischen und insbesondere des nuklearen Potentials Rußlands sein. All dies könne zu konkreten Konsequenzen führen: von einer verstärkten russischen Militärhilfe für Iran über die Ausdehnung des Tschetschenienkonfliktes auf die ganze Region bis hin zur Untergrabung amerikanischen Einflusses „in einer Reihe von dem Westen freundschaftlich verbundenen, aber ziemlich instabilen Ländern auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR“. Letzteres ist eine kryptische Anmerkung, die man als Ankündigung verstehen kann, Rußland werde gegebenenfalls eine zweite machtpolitische Front eröffnen; sie kann im Norden, nämlich gegenüber den baltischen Staaten, wie im Süden, gegenüber Georgien und Azerbajdschan, verlaufen. Im übrigen werde, so ein weiterer ominöser Hinweis Trenins, auch eine russische Niederlage im zweiten Tschetschenienkrieg, die ihm offenbar möglich erscheint, für den Westen nicht unbedingt günstige Folgen haben.

Trenins Fazit: Der Westen verliere gegenwärtig die letzten Möglichkeiten, auf Rußland „im Guten“ einzuwirken. Er könne Moskau künftig nur noch „im Schlechten“ beeinflussen, soll offenbar heißen durch Druck und Gegenmaßnahmen. Anstelle einer Verringerung der Instabilität an seiner östlichen Peripherie riskiere Europa also deren Verstärkung, würden sich die USA statt eines potentiellen Partners in Mittelasien einen geopolitischen Widersacher schaffen. Unter der Last dieser regionalen Konfrontation verschlechtere sich die Lage Rußlands weiter, was allerdings weder Europa noch den USA als Trost dienen könne.

Ivašovs Artikel liest sich wie eine Bestätigung dessen, was Trenin über die Haltung der russischen politischen Klasse geschrieben hat. Der General beginnt seinen Artikel mit einem Glaubensbekenntnis, das seine Überzeugungen prägnant wiedergibt und deshalb hier wörtlich zitiert sei:

„Die Führung der USA betreibt eine Politik zur Verstärkung ihrer dominierenden Stellung in der Welt und beabsichtigt auch in Zukunft entschieden, die allgemeine Anerkennung ihres Landes als einzige Supermacht zu erreichen,

die für die Weltgesellschaft verantwortlich ist und ihr im eigenen Interesse die Bedingungen ihrer Entwicklung diktiert. Rußland versucht man immer mehr eine drittrangige Rolle aufzuzwingen und es zu nötigen, die neuen Realitäten ohne Vorbehalt anzunehmen, wozu man wirtschaftliche, politische und militärische Hebel benutzt; dabei engt man systematisch Rußlands geopolitischen Raum ein und beraubt es seiner aktiven Rolle in der Weltarena, und zwar auch auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR. Der Frontalangriff auf die geopolitischen Positionen Rußlands ist bereits erfolgt (im Wege der Ausdehnung der NATO nach Osten), verwirklicht ist ein Umgehungsmanöver in Richtung Kaukasus: Georgien und Azerbajdschan versucht man aus der Sphäre der Zusammenarbeit mit Rußland herauszubrechen, und Moskau sieht sich in einen neuen kaukasischen Krieg hineingezogen.“

Nach diesem Credo, das man getrost als herrschende Meinung der russischen Generalität wie auch eines großen Teils der Moskauer politischen Klasse ansehen kann, kritisiert Ivašov die Entscheidung von Präsident Clinton, vom 1. Oktober dieses Jahres an die Zone der operativen Verantwortung des Zentralen Kommandos der amerikanischen Streitkräfte (USCENTCOM, Florida) auf das Gebiet Uzbekistans, Turkmeniens, Kasachstans, Kirgistans und Tadschikistans auszudehnen. Die damit verbundenen Pläne der amerikanischen Administration könnten nur höchste Besorgnis in Rußland auslösen. Den Grund für die sprunghaft gestiegene Aufmerksamkeit der Amerikaner für diese Region sieht Ivašov im kolossalen Reichtum an dort vorhandenen Bodenschätzen. Es gehe den USA allein darum, sie ohne übermäßige Investitionen zu erschließen, gegebenenfalls auch unter Anwendung „schmutziger Technologien“, nicht aber darum, die dortige Bevölkerung in den Kreis der „goldenen Milliarde“ zu heben, also in den der wohlhabenden Länder. Die Instabilität in den mittelasiatischen Staaten, gefördert noch durch den unaufhörlichen Fluß von Rauschgift und Waffen aus Afghanistan, kümmere die USA nicht. Im Gegenteil, sie helfe amerikanische Präsenz und amerikanischen Einfluß zu stärken. Hier wie anderswo in der Welt, so eine Kernaussage Ivašovs, verfolgten die USA eine Politik des doppelten Standards: Bald Sorge man sich geradezu rührend um die Entwicklung zivilisierter „demokratischer“ Prozesse (die Anführungsstriche stammen von Ivašov!), bald falle man wegen der Verletzung von Menschenrechten über die Führung unabhängiger Staaten her. Dabei werde – eine interessante Bemerkung aus dem Munde eines Generals, der sich noch nie durch übermäßig demokratische Ansichten hervorgetan hat – das Hauptprinzip der Demokratie, „die Diktatur des Gesetzes“, außer acht gelassen, und Gesetzesbrecher, Terroristen und Mörder würden in den Rang einer legitimen Opposition erhoben und von den USA unterstützt. Als Echo auf das gegenwärtige erfolgreiche Vorgehen der russischen Streitkräfte im Nordkaukasus ertönten aus den USA wiederum die bekannten Worte: „humanitäre Katastrophe, Verletzung der Menschenrechte“. Da Rußland im Begriff sei, die volle Kontrolle über Tschetschenien wiederherzustellen, habe man in Washington, wo man auf eine erneute Niederlage Moskaus setze, eine antirussische Kampagne gestartet – eine erstaunliche

Anmerkung angesichts der Reaktion der Clinton-Administration, die das russische Vorgehen in Tschetschenien faktisch hinnimmt und diese Duldung allenfalls verbal bemängelt, womit sie nach Kosovo in grotesker Weise die russischen Vorwürfe eines amerikanischen Doppelstandards bestätigt.

Mit dem Versuch, in den Streitkräften der mittelasiatischen Staaten eine proamerikanische Stimmung zu erzeugen, ihnen amerikanische Waffen zu verkaufen und strategische Informationen über die Lage in diesen und benachbarten Ländern, darunter Rußland und China zu sammeln, wollten die USA, so fährt Ivašov in seiner Argumentation fort, eine Lage herbeiführen, welche sie zu ihrem Vorteil nutzen könnten. Letztlich werde dann eine Politik des Drucks folgen, und zwar nicht nur gegenüber Rußland, sondern auch gegenüber Indien und China, und zwar gerade aufgrund der amerikanischen Präsenz in Mittelasien. Amerika verberge diese Pläne im übrigen keineswegs, sondern gebe sie in den entsprechenden Dokumenten, die dem Präsidenten und dem Kongreß jährlich zugeleitet werden, offen preis. Die USA wollten überall, so das Fazit Ivašovs, die erste Geige spielen. Vom Ziel einer multipolaren Welt, der Stärkung gemeinsamer Sicherheit, also der Sicherheit jedes Staates der Weltgemeinschaft, könne bei ihnen nicht die Rede sein: Sicherheit, die Verteidigung der nationalen Interessen – das sei in amerikanischen Augen nur etwas für die Vereinigten Staaten, auf Kosten aller übrigen.

Ivašovs Gedanken sind eine Fortschreibung seiner Ausführungen an anderer Stelle. Insbesondere sei auf den Grundsatzartikel verwiesen, den der General im Mai in der *Nezavisimoe voennoe obozrenie* veröffentlicht hat. Dort präsentiert Ivašov seine Sicht von der Gesamtstrategie der USA, mit der diese ihren alten Traum von der Weltherrschaft verwirklichen wollten. Das amerikanische Vorgehen gegen Jugoslawien wie auch gegen Irak seien Schritte in diese Richtung. Dabei schreibt Ivašov den Amerikanern unter Berufung auf den offenbar häufig von ihm zitierten und in Deutschland völlig unbekannten und reichlich obskuren Joshua Strong, einen der, wie er schreibt, Begründer der „amerikanischen Idee“, rassistische Motive zu: Laut Strong sei die angelsächsische Rasse dazu bestimmt, andere Rassen zu verdrängen oder zu assimilieren, und zwar so lange, bis die Menschheit angelsächsisch geworden sei. Mit dem Verschwinden der Sowjetunion sei nun, so Ivašov, eines der letzten Hindernisse auf dem Wege zur Erreichung dieses Ziels weggefallen. Jugoslawien habe mit militärischer Macht, laut Ivašov dem prinzipiellen amerikanischen Mittel zur Ausdehnung des „Eurochristentums“, der westlichen Werte, niedergerungen werden müssen, weil es den USA im Weg gestanden habe. Mit seinem Widerstand habe sich das Balkanland für ganz Europa geschlagen, habe, auf sich allein gestellt, künftige globale Katastrophen abzuwenden gesucht und die potentiellen Opfer amerikanischen Globalismus, darunter Rußland, verteidigt. Letztlich habe Jugoslawien – eine erstaunliche Sichtweise – damit auch die Zukunft der Vereinig-

ten Staaten verteidigt; denn wenn man deren Strategie nicht stoppe, werde das zu katastrophalen Konsequenzen für die USA führen.

In dieser Perspektive wird deutlich, daß sich für Ivašov die amerikanische Haltung zu Tschetschenien und die Äußerungen amerikanischer Politiker zur kaspischen Region und den mittelasiatischen Staaten in jene Strategie einpassen, die er den USA zuschreibt. Diese Strategie ist, wie bereits aus dem oben (S. 9) angeführten Zitat deutlich wird, für Ivašov natürlich auch gegen Rußland gerichtet. Der Westen, so läßt Ivašov an anderer Stelle erkennen,² bediene sich dabei eines besonders perfiden Schachzuges: Die Rußland gewährte westliche Hilfe sei nämlich nichts anderes als eine Fortsetzung des Kalten Krieges; sie diene dem Ziel, einen geopolitischen Rivalen auszuschalten. Letztlich sind Ivašovs Gedanken, wie er in derselben Veröffentlichung deutlich macht,³ nichts anderes als eine Fortführung der Auffassung, die zu Sowjetzeiten offizielle Auffassung des Staates war, damals marxistisch-leninistisch begründet und mit großrussischem Machtanspruch versehen. Ivašov verkörpert die Kontinuität großrussischen machtpolitischen Denkens. Das ist kein Wunder, wenn man sich vor Augen hält, daß die gegenwärtige Elite des Landes ihre Sozialisation in Sowjetrußland erfahren hat und der großrussische Machtanspruch seit Zarenzeiten unverändert fortgilt. Verwunderlich ist allein, daß die russische politische Führung einen ausgeprägten Vertreter dieser Denkrichtung wie General Ivašov zum Leiter derjenigen Abteilung im russischen Verteidigungsministerium gemacht hat, die für die internationale militärische und militärpolitische Zusammenarbeit zuständig ist und damit auch für die Beziehungen zur NATO wie zum Westen überhaupt. Entweder entspricht dies den Absichten der politischen Führung oder aber es zeugt von dem geringen Einfluß, den, wie viele meinen, der Kreml bisher auf das Verteidigungsministerium hatte. Beide Erklärungsvarianten sind nicht dazu angetan, beruhigend zu wirken.

Wie weiter?

In der Analyse der gegenwärtigen Lage und insbesondere der verheerenden Auswirkungen, die der Kosovokrieg oder, in russischer Diktion, „die Aggression der NATO gegen Serbien“ auf Rußland und sein Verhältnis zum Westen hat, sind sich die allermeisten russischen Autoren einig. Unterschiedlich fallen die Empfehlungen und Prognosen für die künftige Entwicklung dieses Verhältnisses aus.

Leonid Ivašov beläßt es in den oben zitierten Aufsätzen bei seiner geopolitischen Philippika, was ihn nicht gerade als politischen Denker ausweist und im übrigen symptomatisch für das Verharren eines Großteils der russischen Generalität in alten Kategorien ist. **Dmitrij Trenin** dagegen fügt seiner Analyse einen politischen Teil an, in dem er

² *Mirovaja ekonomika i mezhdunarodnye otnošenija*, September 1999, S. 9.

³ Ebd., S. 18.

die Interessenlage beider Seiten beleuchtet und Auswege aus der machtpolitischen Sackgasse aufzeigt, in die Rußland wie der Westen in seiner Sicht geraten sind. Er geht davon aus, daß die von ihm prognostizierte Entwicklung in Richtung größerer Instabilität und erneuter Gegensätzlichkeit mit potentieller oder gar aktueller Konfrontation dem Interesse beider Seiten widerspricht. Mit Blick auf die russische Interessenlage versteht sich das für ihn offenbar von selbst; jedenfalls geht er in dieser Hinsicht nicht weiter auf Rußland ein und konzentriert sich auf die Interessen des Westens. Für diesen könne Sicherheit nicht in zunehmender Schwäche und Erbitterung Rußlands bestehen, sondern nur in der Fortsetzung des Reformprozesses. Folglich müsse man im Westen scharfe Polemik vermeiden, müsse, etwa bei der Anpassung des KSE-Abkommens, Verständnis für die russischen Sicherheitsbedürfnisse zeigen und im übrigen Rußland mit praktischen Maßnahmen bei der Bewältigung des Problems der tschetschenischen Flüchtlinge helfen, damit das Bild vom selbstüchtigen Westen in der russischen Wahrnehmung verblasse. Auch die Europäische Union solle jetzt darüber nachdenken, wie sie ihre gerade erst verkündete Strategie in die Praxis umsetzen könne. Diese Strategie müsse für jedes politische Wetter taugen, soll heißen, Europa dürfe jetzt von ihr nicht ablassen. Auch ein Ausschluß Rußlands aus dem Europarat werde weder Europa noch Rußland helfen. Und die USA wären gut beraten, wenn sie ihre Prioritäten im kaspischen Großraum klären würden; dabei sei die Ausgrenzung Rußlands und des Iran ein nur negatives und damit wenig sinnhaftes Ziel; im übrigen sei ein darauf ausgerichtetes Verhalten kontraproduktiv.

Rußlands Aufgabe sei weit schwieriger zu erfüllen. Es müsse seinen ersten „humanitären Krieg“, wie Trenin den Tschetschenienkrieg allen Ernstes nennt, mit einem Minimum von Kollateralschäden – hier klingen die NATO-Verlautbarungen des Kosovokrieges wie die gegenwärtige unsägliche Forderung der Amerikaner nach „minimal bloodshed“ in Tschetschenien an – zu Ende führen und in Verhandlungen das künftige Verhältnis zu Tschetschenien vereinbaren. Schließlich müsse man sich um 200 000 Flüchtlinge aus Tschetschenien kümmern. Vom Umgang mit ihnen hänge nicht nur das Schicksal Tschetscheniens, sondern in gewissem Grad auch dasjenige Rußlands ab. Rußland müsse im Kaukasus – ein bemerkenswerter Hinweis Trenins – human nicht nur, wie auf dem Balkan, in Worten sein, sondern auch in Taten. Moskau müsse im übrigen Bedingungen schaffen, unter denen sich in Tschetschenien ein handlungsfähiges und von Rußland unabhängiges Subjekt für künftige Verhandlungen herausbilden könne.

Im Verhältnis zum Westen müßten die offiziellen russischen Vertreter aufhören, die Zähne zu fletschen, und statt dessen diejenigen im Westen, die – und das sei vorläufig noch die Mehrheit – für die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Rußland einträten, davon überzeugen, daß trotz Tschetscheniens die Grundlagen für die Schaffung eines partnerschaftlichen Verhältnisses bewahrt werden müßten. Dabei müsse die antiwestliche Rhetorik auf ein Minimum beschränkt werden. Gegenwärtig erhalte Rußland – eine

der russischen Politik gegenüber kritische Äußerung, wie man sie sonst nirgendwo hört – die Quittung für Kosovo, soll letztlich heißen, für die von der Regierung vermittelte „primitive, aber populäre Ansicht, daß die Politik des Westens im allgemeinen und der USA im besonderen im Kern antirussisch“ sei. Wenn die russische Führung ihre Politik auf diese Auffassung gründen wolle, werde das für Rußland verhängnisvoll sein. Im besten Fall führe das, so Trenin, zu einer Selbstisolierung des Landes, im schlechtesten zu einer Überdehnung der Kräfte, einer erneuten Spaltung der Gesellschaft und möglicherweise zum Zusammenbruch des Staates.

Was ist zu tun? Rußland empfiehlt Trenin, sich entsprechend seinem Wunsch, ein zivilisiertes Land zu sein, auch zivilisiert zu verhalten. Und dem Westen rät er, nicht demonstrativ darauf hinzuweisen, wie sehr die Werte Europas und der USA sich von denen in Rußland unterscheiden, sondern ein Mittel zu finden, um die Sicherheitspolitik beider Seiten miteinander vereinbar zu machen. Im übrigen sei Rußland ein großes Land („bol'schaja strana“ im Gegensatz zu „velikaja deržava“ gleich Großmacht); wer in ihm und mit ihm Erfolg haben wolle, müsse einen langen Atem haben. Die Kernthese des Autors: Tschetschenien sei wichtig, aber Rußland sei wichtiger. So wie Kosovo eine Episode für die russische öffentliche Meinung sei, müsse Tschetschenien eine Episode für den Westen bleiben. Auf jeden Fall dürfe man, so die Schlußbemerkung Trenins, nicht zulassen, daß sich die Tschetschenienkrise und die Kosovokrise in ihren schädlichen Einflüssen vereinigten; vielmehr müsse man beide tunlichst im ausgehenden Jahr, also 1999, zurücklassen. Das Jahr 2000 bringe noch genug neue Prüfungen, man möge nur an das Problem der strategischen Raketenabwehr denken.

Die Ausführungen Trenins geben keinen Anlaß für Optimismus. Seinen Auffassungen und seiner Analyse kann man zwar in vielem zustimmen; und man könnte froh sein, wenn sie in der Moskauer politischen Klasse verbreitet wären. Allein, dies ist nicht der Fall. Trenin stellt eher eine Ausnahme dar, wie überhaupt die aufgeklärten und – sehr wichtig – mit westlichem Denken wirklich vertrauten russischen Analytiker gering an Zahl sind.⁴ Sie alle sind sich bewußt, wohin die Sowjetmacht Rußland gebracht hat. Von diesem Bewußtsein kündigt auch Trenins Artikel; und seine Ausführungen können, gerade in ihrer Gegenüberstellung mit den Gedanken Ivašovs, insofern auch als Warnung gelesen werden. Aber diese Warnung scheint, dafür jedenfalls spricht die gegenwärtige politische Entwicklung in Rußland, in den Wind gesprochen.

4 Zu nennen sind in diesem Zusammenhang in erster Linie noch Tatjana *Parchalina*, stellvertretende Direktorin des INION (Institut für gesellschaftswissenschaftliche Information), Andrej *Piontkovskij*, Direktor des Instituts für strategische Analyse, und Jurij *Davydov*, Professor am USA-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften. Wegen seiner Bedeutung sei hier nur auf den Artikel in der Julinummer von „SŠA-Kanada“ verwiesen, in dem Davydov die russische politische Klasse vor der autoritären Versuchung und der Allianz mit entsprechenden Regimen im Ausland warnt (Jurij *Davydov*, *Demokratija, demokratizacija i problemy vojny i mira* [Demokratie, Demokratisierung und Probleme von Krieg und Frieden], in: SŠA-Kanada, [1999] 7, S. 3-16).

Die Vorhersagen, die Trenin in seinem Artikel macht, treffen – auch das kein Grund zu Optimismus – in wichtiger Hinsicht zu. Die russische Führung, bar jeder sonstigen Machtmittel, stützt sich in der Tat zunehmend auf Nuklearwaffen, um ihren Großmachtstatus zu demonstrieren. Das war bereits während der Kosovokrise so; das ist um so mehr der Fall während des Tschetschenienkrieges. Die entsprechenden Äußerungen von Präsident Jelzin in China und anderswo sind noch in unguter Erinnerung. In gleicher Richtung äußert sich **Vladimir Lukin**, Duma-Abgeordneter (Jabloko) mit starken patriotisch-großrussischen Neigungen und Vorsitzender des Ausschusses für internationale Beziehungen der letzten Staatsduma, in einem in der Novembernummer von *Meždunarodnaja žizn'* erschienenen Artikel.⁵ Nachdem er zu Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges dem Abschluß einer Interkontinentalrakete beigewohnt habe, so schreibt er, habe er bei Erhalt der Nachricht vom punktgenauen Einschlag der „Topol-M“ auf Kamtschatka begriffen, „daß wir trotz allem nicht in Jugoslawien leben“. Als Konsequenz empfiehlt Lukin, ein umfassendes Potential nuklear bestückter Raketen wie mobiler, schnell verlegbarer Kräfte zu unterhalten, die einen mittleren und einen kleinen Krieg gleichzeitig führen könnten: Nur dann werde Rußland in der internationalen Arena ernst genommen. Lukins Empfehlungen sind, wie **Vladimir Baranovskij** in seinem bereits zitierten Artikel in *Meždunarodnaja žizn'* schreibt, auf fruchtbaren Boden gefallen: In russischen Militärkreisen werde, so Baranovskij, gegenwärtig ernsthaft über die Verstärkung der nukleartaktischen Posture und die Stationierung derartiger Waffen in Weißrußland, der Oblast' Kaliningrad und auf See nachgedacht.

Zu diskutieren sind Trenins Ansichten zur westlichen Rußlandpolitik. Trenin macht dem Westen unausgesprochen den Vorwurf, daß er im Sommer 1999 auf die Entwicklung in Rußland nicht reagiert habe. Angesichts der sogleich Tschetschenen angelasteten Explosionen von Moskau und Volgograd hätte der Westen bei richtiger Einschätzung der innenpolitischen Lage und des beginnenden Wahlkampfes sehen müssen, wohin die Reise geht, sprich was die politische Führung des Landes würde tun können, nämlich einen neuen Krieg gegen Tschetschenien vom Zaun zu brechen. Dem hätte man präventiv begegnen können und müssen. Die Lehre, die hier zu ziehen ist, heißt: Der Westen muß sich darauf einstellen, daß Rußland im Innern wie nach außen – das Zustandekommen der Schlußerklärung der OSZE in Istanbul und die anschließende Behandlung des Ratspräsidenten Knut Vollebæk durch Moskau zeigen dies beispielhaft – vielfach auf Methoden der Sowjetzeit zurückgreift. Westliche Rußlandpolitik muß also einen anderen strategisch-operativen Ansatz wählen: Der Westen muß auf Zusammenarbeit mit Rußland abzielen, aber stets damit rechnen, daß Rußland – bei aller Bereitschaft zur

5 Es handelt sich dabei um die Wiedergabe eines Gesprächs, das die Redaktion der Zeitschrift Ende Oktober 1999 mit Lukin geführt hat. Lukins Ausführungen erhalten damit, weil kaum durch politische und diplomatische Rücksichtnahme gefiltert, um so mehr Aussagekraft.

Annahme westlicher Wohltaten – sich häufig nicht so verhalten wird, wie man es erwarten kann und wie es die Regeln gedeihlicher Zusammenarbeit an sich erfordern.

Richtig ist Trenins Hinweis auf die in vielem kontraproduktive amerikanische Politik. Von der Notwendigkeit psychologisch fundierter Einfühlung in russische Sicherheits- und Statusbedürfnisse, in russische Selbstsicht und russische Ängste scheint man in Washington entweder nichts zu wissen oder nichts zu halten. Wenn dann noch die Weigerung der USA, das Teststopabkommen zu ratifizieren, sowie die amerikanischen Pläne zur Errichtung eines begrenzten Systems zur Abwehr strategischer Raketen und die damit verbundene Aufkündigung des ABM-Vertrages hinzukommen, ist vollends der Boden bereitet, um der russischen politischen Klasse die von amerikanischen Regierungsvertretern ständig im Mund geführte Partnerschaft als hohles Wort erscheinen zu lassen. Der in der amerikanischen Führung offenbar verbreitete Gedanke, man könne Rußland und seine Regierung durch Gewährung von Krediten bei der Stange halten, ist nicht geeignet, das in russischer Sicht rücksichtslose amerikanische Verhalten wettzumachen. Im Gegenteil: Die Kredite werden zwar genommen und teilweise sogar gefordert; aber mehr und mehr werden auch sie als Teil einer westlichen und insbesondere amerikanischen Strategie aufgefaßt, die, so meint man, auf Schwächung Rußlands ausgerichtet ist.

Russische Reaktionsweisen

In Westeuropa wird die künftige Entwicklung des Verhältnisses zu Rußland öffentlich kaum diskutiert, wird die Sinnhaftigkeit der nach wie vor als gegeben erklärten Partnerschaft mit Rußland kaum hinterfragt. Spätestens seit Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges ist allerdings eine gewisse Verlegenheit unverkennbar. Aber auch in dieser Hinsicht scheint sich die Empörung über das russische Vorgehen in Grenzen zu halten: Sehr schnell hat sich die westliche politische Klasse an die russische Regression in alte Verhaltensweisen gewöhnt. Und verspricht nicht, so die Annahme in diesen Kreisen, der Interims- und wahrscheinlich künftige Präsident Putin endlich die Stabilität, die man sich von Boris Jelzin vergeblich erhofft hat?

In Rußland dagegen wird intensiv über russische Antworten auf das nachgedacht, was in Gestalt westlichen Verhaltens und insbesondere der „Aggression der NATO gegen Jugoslawien“ vielfach – wie **Natalja Naročnickaja**, Mitarbeiterin des IMEMO, es in einem radikal antiwestlichen Artikel in der Novembernummer von *Meždunarodnaja žizn'* ausdrückt – als endgültige Zerstörung des Nachkriegsgleichgewichts, als „neue Aufteilung der Welt“ unter amerikanischem Diktat verstanden wird. In diesen und ähnlichen Aufsätzen werden die Auffassungen von Zbigniew Brzezinskij, wie er sie in

seinem letzten Buch zum Ausdruck gebracht hat,⁶ als faktische amerikanische Politik, ja als Masterplan verstanden, der den USA die globale Vorherrschaft sichern soll. Imperialismus ist, wie das Autorenpaar **Zvjagel'skaja** und **Perepelkin** im Juliheft von *Asien und Afrika* ausführt, nur scheinbar ein nichtaktuelles Thema. In Wirklichkeit zeige das Vorgehen der USA, wie man einen imperialistischen Politikentwurf in die Tat umsetze.

Diejenigen russischen Stimmen, die in einer Verstärkung der militärischen Komponente die richtige Antwort Rußlands auf das westliche Vorgehen sehen, repräsentieren die wesentliche und in vielem maßgebliche Denkrichtung in der russischen politischen Klasse und sind als solche aller Beachtung wert, und zwar auch deshalb, weil sie gleichsam aus dem Bauch kommen, soll heißen aus Empfindungen der Kränkung und Herausforderung. Gerade das macht die in ihnen zum Ausdruck kommende Stimmung so gefährlich. In den entsprechenden Artikeln fehlt allerdings die politische und vor allem die wirtschaftliche Dimension. So finden sich in ihnen in der Regel keine Erörterungen darüber, ob Rußland sich eine militärische Antwort auf das Vorgehen des Westens politisch und finanziell leisten kann.

Eine Ausnahme stellt der bereits zitierte Artikel von **Viktor Kremenjuk** in der Mainnummer von *Obozrevatel'* dar. Auch er interpretiert zwar die Motive der NATO und insbesondere der USA im Kosovokrieg – bemerkenswert für einen stellvertretenden Direktor des USA-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften – in einer Weise, die mit dem Begriff Fehlwahrnehmung noch wohlwollend umschrieben ist. Auch für ihn ist die Welt nun zu den Traditionen des Imperialismus zurückgekehrt: Das Recht sei durch Gewalt ersetzt worden, der Starke schiebe den Schwachen zur Seite, und die Gemeinschaft der Staaten sei in Herren und Sklaven aufgeteilt. Aber immerhin befürwortet Kremenjuk nicht in erster Linie eine auf militärischen Machtmitteln aufbauende, sondern vor allem eine politische Reaktion: auf der einen Seite eine langfristige russische Strategie, gerichtet auf die Etablierung eines „antiamerikanischen Gegengewichtes“ und auf Förderung kooperativer Elemente in der amerikanischen Außenpolitik; auf der anderen Seite – und insbesondere dies ist bemerkenswert – ein Umdenken im Inneren. *„Man hat uns ein sehr klares Signal gegeben“,* schreibt Kremenjuk, *„daß es Zeit ist, mit dem undurchdachten Herumexperimentieren und der Vergeudung von Zeit mit verschiedenartigsten Skandalen aufzuhören, daß es Zeit ist, den Verstand einzusetzen und die Probleme der Stärkung des Landes zu lösen. Weder die Geschichte noch unsere kriegesischen Nachbarn lassen uns Zeit zu weiterem Schwanken. Wenn Rußland nicht in der unmittelbaren Zukunft seine sozial-wirtschaftlichen und anschließend auch seine politischen Probleme löst, stehen äußerst ernste Prüfungen bevor.“*

Eine weitere Ausnahme ist der bereits erwähnte und in der Juninummer von *Meždunarodnaja žizn'* erschienene Artikel von **Vladimir Baranovskij**, des stellvertre-

6 The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives, New York 1997.

tenden Direktors des IMEMO. Danach gebe es zwei mögliche russische Reaktionen auf westliches Vorgehen und insbesondere auf Kosovo: Rußland könne sich erstens mit der Rückstufung auf den Rang einer zweit- oder drittklassigen Macht aus pragmatischen Erwägungen abfinden; doch sei ein derartiger Rationalismus äußerst unpopulär in einem Rußland, in dem viele meinen, „*die NATO hat uns ins Gesicht gespuckt*“. Zweitens könne man den Westen zwingen, wieder mit Rußland zu rechnen, und zwar entweder durch diplomatische Manöver, wie etwa Allianzen mit Indien und China oder anderen Staaten, oder aber durch Stärkung der Streitkräfte, getreu der aus dem Kosovokrieg zu ziehenden Lehre, daß nur der Schwache geschlagen werde. Nach Einschätzung Baranovskijs neigt man gegenwärtig in Rußland dieser zweiten Variante zu, ein Urteil, das um so bemerkenswerter ist, als es Monate vor Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges und der damit verbundenen Entfesselung einer Kriegshysterie in Rußland gefällt worden ist. Baranovskij sieht in dieser Entwicklung eine wesentliche Senkung der Gewaltschwelle. Wenn die NATO sich berechtigt fühle, gegen Jugoslawien militärisch vorzugehen, so gibt Baranovskij in Vorwegnahme des zweiten Tschetschenienkrieges und potentieller anderer „Aktionen“ diese russische Haltung wieder, sei auch Rußland zur Anwendung militärischer Gewalt berechtigt, wenn seine Interessen berührt seien. Diese Einstellung wertet er als ernste Gefahr für Rußland. In der einseitigen Bevorzugung militärischer Instrumente als Mittel nationaler Selbstbehauptung könnten in Rußland, wie er warnend anmerkt, die Fähigkeit zu Selbstbeherrschung und der Selbsterhaltungstrieb verkümmern – zum Schaden des Landes. Man solle die in Moskau vorherrschende, auf militärische Reaktionsweisen abzielende Tendenz also möglichst zurückdrängen, wozu man allerdings die Zusammenarbeit mit dem Westen brauche. Eine umfassende Konfrontation mit dem Westen müsse in jedem Fall – dies hält Baranovskij für eine aus dem Kosovokrieg resultierende wesentliche Aufgabe Rußlands – unbedingt vermieden werden, auch mit Blick auf „die Abmachungen auf der Linie des Internationalen Währungsfonds“, wie er leicht verschämt und bewußt undeutlich hinzufügt. Gerade jetzt sei eine nüchterne Betrachtung der Probleme nötig. Aber, so Baranovskijs pessimistisches Caveat, der Prozeß der Remilitarisierung des Denkens und Fühlens in Rußland habe nun einmal begonnen und entfalte eine Eigendynamik, die nur noch schwer aufzuhalten sei. In dieser Perspektive werde es in Rußland kaum zu einer balancierteren Auffassung von den gegenwärtigen Interessen des Landes kommen.

Eher pessimistisch sind auch **Zvjagel'skaja** und **Perepelkin** in ihrem oben erwähnten Aufsatz in *Asien und Afrika*. Auch sie beschränken sich nicht, wie so viele russische Autoren, auf die militärische Antwort auf die westliche Herausforderung, sondern halten einen „mittleren Weg“ für notwendig, um zu gedeihlichen Formen des Zusammenlebens im Rahmen der Weltgemeinschaft zu gelangen, also einen Weg des Interessenausgleichs und der – so das russische Schlüsselwort – Multipolarität. Aber, so die resignierende Erkenntnis der Autoren am Schluß ihrer Ausführungen: „*Solange sich ein Teil der*

Weltgemeinschaft ob der eigenen Größe in Euphorie badet und der andere Teil sich alter Kränkungen erinnert und neue sucht, ist eine beständige Entwicklung der Menschheit nicht zu erreichen.“

Das Dilemma russischer Außenpolitik

Zu den eher nüchternen Stimmen gehört, selbst wenn er in seiner journalistischen und politischen Tätigkeit nicht selten zu radikal antiwestlichen Tönen neigt, auch **Alexej Arbatov**, Duma-Abgeordneter der Fraktion Jabloko. In einem in der Märznummer von *Meždunarodnaja žizn'* erschienenen kurzen Aufsatz skizziert er die Zielrichtungen und die Dilemmata der russischen Außenpolitik, wie er sie begreift; dabei beweist er zumindest in der Analyse einen Realismus, wie er im Rußland von heute, wo man lieber von Stärke als von Schwäche redet, nicht gerade häufig ist. Arbatov sieht drei wesentliche Ziele russischer Außenpolitik; ihrer Erreichung stehen in seinen Augen jeweils strukturelle und damit nur schwer überwindbare Hindernisse entgegen. Die Kunst bestehe darin, Ziele und Widerstände auszubalancieren, soll wohl heißen, die Ziele zu erreichen, auch wenn die Hindernisse als solche nicht beseitigt werden können. Rußland muß laut Arbatov erstens konstruktive Beziehungen zum Westen unterhalten und die Zusammenarbeit mit ihm fördern, darf dabei aber den innenpolitischen, klar antiwestlichen und antiamerikanischen Konsens in Rußland nicht zerstören, sondern sollte, wie das die Außenminister Primakov und Ivanov im Unterschied zu ihren Vorgängern getan hätten, auf ihm aufbauen. Rußland müsse zweitens seine Aufgaben als Großmacht erfüllen, obwohl es die dazu erforderlichen wirtschaftlichen und militärischen Machtmittel nicht besitzt; die russische Außenpolitik müsse sich in dieser Perspektive in ganz überwiegendem Ausmaß auf die Kunst der Diplomatie stützen. Drittens schließlich müsse Rußland seine legitimen Interessen als Großmacht durchsetzen, während es sich in finanzieller Abhängigkeit vom Westen befinde, dessen Interessen mit denen Rußlands häufig nicht übereinstimmten, sondern ihnen sogar entgegengesetzt seien.

Arbatov führt nicht näher aus, wie die russische Außenpolitik diese Aufgaben meistern kann, die der Quadratur des Kreises nahekomen. Schließlich schreibt er aus der Sicht des Parlamentariers, der die Administration daran erinnern will, was man von ihr erwartet. In jedem Fall ist es Arbatovs Verdienst, die inhärenten Dilemmata der russischen Außenpolitik aufgezeigt und insbesondere auf die finanzielle und sonstige Abhängigkeit vom Westen hingewiesen zu haben, die sonst meist verschwiegen wird. Auf diesen Punkt geht er in einer später, in der Septemhernummer von *Mirovaja ékonomika i meždunarodnye otnošenija*, erschienenen Veröffentlichung näher ein, diesmal als Wissenschaftler, nämlich als Direktor des Zentrums für politische und militärische Prognosen. Darin schildert er die Entstehung der finanziellen Abhängigkeit Rußlands von westlichen finanziellen Institutionen und beklagt die Gewöhnung an diese Finanzquellen, der

Rußland wie ein Drogensüchtiger erlegen sei. Inzwischen befinde sich Rußland in einer aus Schulden bestehenden Schlinge, die der Westen beinahe nach Belieben zuziehen könne. Es sei so weit gekommen, daß die jährlich zu begleichenden Schulden an die Höhe des russischen Bundeshaushalts heranreichten.

Die äußere Verschuldung Rußlands ist für Arbatov eine Katastrophe. Sie sei zum Hauptproblem der nationalen Sicherheit geworden. Das sei schon schlimm genug, meint Arbatov; es werde noch schlimmer durch die Tatsache, daß die westlichen Kredite nichts Positives bewirkt hätten: Sie hätten nicht dem Aufblühen Rußlands gedient, sondern nur der Bedienung des wirtschaftlichen Modells, das der Westen dem Land aufgenötigt habe – mit zerstörerischen Konsequenzen. Der Westen könne daher von Rußland – „mit der möglichen Ausnahme einzelner Personen“, wie Arbatov maliziös hinzufügt – keine Dankbarkeit für diese Kredite erwarten.

Welche Lösung sieht Arbatov für dieses „Hauptproblem der nationalen Sicherheit Rußlands“? Im Jahr 1997 hatte er noch nonchalant geschrieben, von einer gewissen Höhe an würden Kredite zu Problemen des Gläubigers und nicht des Schuldners.⁷ Heute äußert sich Arbatov seriöser. Auch er sieht nunmehr die Hauptverantwortung für die Schuldenmisere auf russischer Seite. Aber auch der Westen sei nicht frei von Schuld. Er habe Rußland auf den Weg geführt, der im August 1998 mit dem finanziellen Zusammenbruch endete. Der Westen solle sich folglich bei der Restrukturierung der russischen Auslandsschulden flexibel und weitsichtig verhalten und sie nicht an Bedingungen knüpfen, die den Ausweg Rußlands aus der Krise behinderten. Letztlich sitze der Westen mit Rußland im selben Boot. Der IWF müsse daher überzeugt werden, Rußland in der Führung seiner Finanz- und Haushaltspolitik für eine gewisse Zeit allein zu lassen und ihm die Möglichkeit zu geben, selbst mit seinen Angelegenheiten zurechtzukommen. Hilfe werde nur bei der Restrukturierung der Schulden gebraucht, bei der Erreichung von Zahlungsaufschub und der nötigen Refinanzierung. Wenn dies geschehe, dann könne es, wie Arbatov erkennen läßt, zu Durchbrüchen in der Sicherheitspolitik im Verhältnis zum Westen und insbesondere den USA kommen.

Jurij Pivovarov, Direktor des Instituts für gesellschaftswissenschaftliche Information (INION) der Russischen Akademie der Wissenschaften und deren korrespondierendes Mitglied, und **Andrej Fursov**, Abteilungsleiter am INION und Direktor des Instituts für russische Geschichte der Russischen Geisteswissenschaftlichen Universität (RGGU), betrachten in einem Artikel aus der Juninummer von *Obozrevatel'* das russische Dilemma in geschichtlicher Perspektive. Das historische Territorium Rußlands schrumpfe. Dem Land als Weltmacht sei einer der schrecklichsten Schläge seiner ganzen Geschichte versetzt worden: zum einen durch die Erweiterung der NATO, die ja noch nicht beendet sei, zum andern durch das Vordringen der islamischen Welt nach Norden,

7 Alexej Arbatov, Vnešnepolitičeskij konsensus v Rossii (Der außenpolitische Konsens in Rußland), in: Nezavisimaja gazeta, 14.3.1997, S. 5.

durch die beginnende Ablösung des russischen Fernen Ostens sowie durch das fast physische Verschwinden des russischen Hohen Nordens. Rußland entferne sich von allen Meeren, von den warmen wie von den kalten, und verwandele sich, so die Autoren dem Sinne nach, in ein „land-locked country“.

Was könne, was müsse Rußland tun? Es dürfe jedenfalls nicht – auch hier diese Warnung – der Versuchung nachgeben, dem Westen nunmehr den Rücken zuzukehren und sich China sowie dem Iran und dem Irak zuzuwenden, um mit ihnen ein Spiel zu beginnen. In der Tat habe man sich zwar in den letzten Jahren zu viel und über die Maßen mit dem Westen in den Armen gelegen. Aber – und dies ist der Kernsatz der Autoren – ein antiwestlicher Kurs entspreche nicht den Interessen Rußlands. Und zwar nicht nur aus der geopolitischen Erwägung heraus, daß Rußland sich sonst in ein Territorium verwandele, das – eine historische Anspielung – „uns als Rand Chinas bekannt ist“. Und auch nicht lediglich deshalb, weil die Länder des Südens mit ihrer ebenso zahlreichen wie hungrigen Bevölkerung für Rußland gefährlicher seien als die satten Länder des Westens, die keine Ansprüche auf russisches Territorium erhöben. Der Hauptgrund sei vielmehr, daß Rußland, das „Russische System“, ganz im Sinne des Churchillschen Diktums von den ewigen Interessen jedes Staates, am Funktionieren des „Westlichen Systems“ interessiert sei. Pivovarov und Fursov führen nicht näher aus, worauf dieses Interesse im einzelnen beruht. Sie sehen offenbar in einer guten Nachbarschaft mit dem Westen einen Wert an sich. Sie zitieren das englische Sprichwort „Good fences make good neighbours“, und zwar nicht zur Befürwortung von Abgrenzung, sondern in der Überzeugung, daß „privacy“ (so von ihnen angeführt) und gemeinsame Arbeit das gegenseitige Verständnis und das Vertrauen stärken – vorausgesetzt, der eine Nachbar versuche nicht, den Zaun zu Lasten des anderen zu versetzen.

Überhaupt dürfe es Rußland in der gegenwärtigen Lage nicht um politische Rezepte gehen, nicht um die Suche nach chimärenhaften Bündnispartnern und ebenso chimärenhaften geopolitischen Blöcken. Gefragt sei vielmehr eine gleichsam metaphysische Fundierung der historischen Wahl, vor der Rußland stehe. Pivovarov und Fursov raten ihren Landsleuten, insbesondere der politischen Klasse, eine alte Formel zu verinnerlichen und anzuwenden, die da lautete: „*Glaube nicht, fürchte nicht, bitte nicht.*“ Es handelt sich dabei, was die Autoren verschweigen, um die Maxime, nach der, wie Solschenizyn berichtet, die erfahrenen Gefangenen im Archipel Gulag lebten und vor allem überlebten. Für die Außenbeziehungen Rußlands formulieren Pivovarov und Fursov diese Maxime so: „*Glaube dem Westen nicht, fürchte ihn nicht, bitte ihn um nichts.*“

Fazit

Die Moskauer politische Klasse – das zeigen die Veröffentlichungen des Jahres 1999 mit gleicher Deutlichkeit wie das politische Handeln der russischen Führung, insbesondere der barbarische Krieg gegen Tschetschenien – will von Partnerschaft mit dem Westen nicht mehr viel wissen.⁸ Zusammenarbeit wird akzeptiert, soweit sie für das eigene Land vorteilhaft ist; akzeptiert, ja nicht selten gefordert werden auch westliche Kredite, ohne daß klar würde, welche Grundlage derartige Ansprüche haben. Im übrigen will man eigene, russische Interessen verfolgen und durchsetzen, die denen des Westens häufig entgegengesetzt sind. All dies hat viel mit der „friedlichen Koexistenz“ von ehemals, aber wenig mit dem konstruktiven Verhältnis zu tun, das der Westen angestrebt hat und noch anstrebt. Die friedliche Koexistenz war bekanntlich eine begrenzte, „gegenseitig vorteilhafte“ Zusammenarbeit bei gleichzeitiger scharfer machtpolitisch-ideologischer Konkurrenz. Die Zusammenarbeit, die Rußland heute statt der Partnerschaft befürwortet, scheint ähnlich konzipiert zu sein; nur daß die Konkurrenz nicht die Intensität von damals aufweist: weil Rußland weder machtpolitisch noch ideologisch viel zu bieten hat. Das, worüber es verfügt, bringt es allerdings mit zunehmender Tendenz in diese neue Konkurrenz ein: seine vielfältige Fertigkeiten aufweisende Diplomatie, insbesondere aber seine nuklearen Waffensysteme. Dies indessen ist der Zusammenarbeit nicht förderlich; Ergebnis ist die paradoxe Situation, daß, wie Alexej Arbatov angedeutet hat, Rußland und der Westen sich auf dem Gebiet der Sicherheit gegenwärtig weit weniger verstehen als zu Zeiten des Kalten Krieges.

Gilt es Lehren zu ziehen? Es erscheint fragwürdig, wenn die Länder des Westens weiterhin eine Partnerschaft mit Rußland anstreben, die das Land erkennbar nicht will. Seien wir also im Verhältnis zu Rußland nüchterner. Eine funktionierende Zusammenarbeit mit Rußland bringt mehr als eine Partnerschaft, die mangels ausreichender Gemeinsamkeiten eben nicht funktioniert und nur eine Quelle ständiger Querelen und Enttäuschungen ist. Eine solche Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen existiert; sie braucht nur fortgeführt zu werden. Dabei sollte man sich stets der Tatsache bewußt sein, daß es nicht um Geschenke für Rußland geht, sondern um Leistungen, die im eigenen, westlichen Interesse erbracht werden und denen russische Gegenleistungen gegenüberstehen. Dies gilt für den wirtschaftlichen, aber auch und vor allem für den gesellschaftlichen Bereich. Manche Entwicklungen und manche Reaktionen verstehen sich allerdings von selbst: Die Kooperation mit Rußland kann nur so weit gehen, wie es das russische Verhalten zuläßt. So kann auf absehbare Zeit von Krediten staatlicher und zwischenstaatlicher Institutionen an Rußland keine Rede sein: weil sie im Ergebnis nur der Finanzierung des Tschetschenienkrieges und der einsetzenden russischen Rüstung dienen

8 Diese Entwicklung hat sich bereits 1998 angebahnt. Dazu Falk Bomsdorf, Aus russischen Fachzeitschriften 1998, SWP Zeitschriftenschau, Februar 1999.

würden. Im übrigen hat Rußland diese Kredite nie gebraucht und braucht sie auch heute nicht. Und über die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen und Gremien entscheidet Rußland selbst: indem es deren Regeln einhält oder dies eben nicht tut. In dieser Perspektive zeichnet sich eines schon jetzt ab: Ein Präsident Putin, der sich gegenwärtig immer mehr als Anhänger einer autoritären Herrschaftsweise entpuppt, wird nicht auf Dauer als Vertreter Rußlands am Tisch einer G-8 sitzen können, wenn deren Grundlage – Partnerschaft und gleiche Werte – von ihm und den ihn stützenden Kräften erkennbar abgelehnt wird.

Ein letztes: Im Rahmen eines nüchterneren Verhältnisses zwischen dem Westen und Rußland sollte man – dies zeigen auch die besprochenen Aufsätze – antiwestliche russische Rhetorik nicht länger als lediglich für das heimische Publikum gedacht abtun. Eine harte Sprache der russischen Führung dem Westen gegenüber ist immer auch politisches Faktum – mit konkreten Auswirkungen, mögen sie sich auch erst im Laufe der Zeit manifestieren. Das gilt um so mehr in einem Land wie Rußland, in dem die Bevölkerung oder, in sowjetrussischer Diktion, „die Massen“ von den Machthabern stets als Instrument zur Erreichung ihrer spezifischen außen- wie innenpolitischen Ziele benutzt worden sind und weiter benutzt werden. Die gegenwärtig zu beobachtende Abwendung Rußlands vom Westen wäre jedenfalls nie möglich gewesen ohne die antiwestliche Rhetorik der politischen Führung und der politischen Klasse, wie sie seit Jahren zu vernehmen ist.

Liste der vorgestellten Aufsätze

- Arbatov, Alexej**, S točki zrenija parlamentarija (Vom Standpunkt des Parlamentariers aus), in: *Meždunarodnaja žizn'*, (März 1999) 3, S. 89-93.
- Baranovskij, Vladimir**, Kosovo. Rossijskie interesy sliškom značitel'ny (Kosovo. Die Interessen Rußlands sind zu bedeutsam), in: *Meždunarodnaja žizn'*, (Juni 1999) 6, S. 34-46.
- Davydov, Jurij**, Demokratija, demokratizacija i problemy vojny i mira (Demokratie, Demokratisierung und Probleme von Krieg und Frieden), in: *SŠA-Kanada*, (1999) 7, S. 3-16.
- Ivašov, Leonid**, Vot uže dva mesjaca Jugoslavija otažat voennye udary 14 stran zapada (Bereits zwei Monate lang pariert Jugoslawien die Militärschläge 14 westlicher Länder), in: *Nezavisimoe voennoe obozrenie*, (21.-27.5.1999) 19, S. 1-2.
- Ders.**, S posicii dvojnyh standartov (Von der Position eines doppelten Standards aus), in: *Nezavisimoe voennoe obozrenie*, (23.11.1999) 45, S. 3.
- Kandel', Pavel**, Post-el'cinskaja Rossija v postjugoslavskom mire (Das postjelsinsche Rußland in der postjugoslawischen Welt), in: *Pro et Contra*, (1999) 1, S. 161-174.
- Kremenjuk, Viktor**, Rossija i vojna na Balkanach (Rußland und der Krieg auf dem Balkan), in: *Obozrevatel'*, (Mai 1999) 5, S. 49-52.
- Lukin, Vladimir**, Čečnja, korrupcija, Kosovo, NATO (Tschetschenien, Korruption, Kosovo, NATO), in: *Meždunarodnaja žizn'*, (November 1999) 11, S. 12-18.
- Matjuchin, Georgij**, Pora perestat' iskat' vnešnie pričiny našich bed (Es ist Zeit aufzuhören, äußere Gründe für unsere Übel zu suchen), in: *Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija*, (1999) 4, S. 30-32.
- Naročnickaja, Natalja**, Izbežat' novogo peredela mira (Eine neue Aufteilung der Welt vermeiden), in: *Meždunarodnaja žizn'*, (November 1999) 11, S. 19-28.
- Pivovarov, Jurij/Fursov, Andrej**, Rossija i NATO: vzgljad na vzaimootnošenija dvuch mirov *sub specie* istorii (Rußland und die NATO: Blick auf das Verhältnis zweier Welten *sub specie* der Geschichte), in: *Obozrevatel'*, (Juni 1999) 6, S. 40-45.
- Podberezkin, Alexej**, Što takoe Russkij Put'? (Was ist der Russische Weg?), in: *Obozrevatel'*, (Januar 1999) 1, S. 73-74.
- Romanov, Knjaz Nikolaj**, O Rossii (Über Rußland), in: *Meždunarodnaja žizn'*, (Oktober 1999) 10, S. 40-45.
- Rubanov, Vladimir**, O nacional'noj idee i buduščem Rossii (Über die nationale Idee und die Zukunft Rußlands), in: *Meždunarodnaja žizn'*, (März 1999) 3, S. 102-111.
- Trenin, Dmitrij**, Slabost' geopolitičeskogo myšlenij (Die Schwäche geopolitischen Denkens), in: *Nezavisimoe voennoe obozrenie*, (23.11.1999) 45, S. 3.
- Zvjagel'skaja, I/Perepelkin, L.**, Imperializm. Razmyšlenija na „neaktual'nuju“ temy (Imperialismus. Überlegungen zu einem „nichtaktuellen“ Thema), in: *Azija i Afrika*, (Juli 1999) 7, S. 12-15.